



Open Access Repository

www.ssoar.info

Rassismusanalyse in der Entwicklungsforschung am Beispiel deutscher reproduktiver Gesundheitspolitik in Tansania

Bendix, Daniel; Ziai, Aram

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bendix, D., & Ziai, A. (2017). Rassismusanalyse in der Entwicklungsforschung am Beispiel deutscher reproduktiver Gesundheitspolitik in Tansania. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 37(2), 206-231. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v37i2.04>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>


Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58161-7>

Daniel Bendix & Aram Ziai

Rassismusanalyse in der Entwicklungsforschung am Beispiel deutscher reproduktiver Gesundheitspolitik in Tansania

Keywords: racism, Development Studies, global inequality, reproductive health, population policy, Germany

Schlagwörter: Rassismus, Entwicklungsforschung, globale Ungleichheit, reproduktive Gesundheit, Bevölkerungspolitik, Deutschland

Unser Interesse in diesem Artikel gilt dem Potenzial bzw. den Fallstricken politikwissenschaftlicher Analysen von Rassismus in der Entwicklungspolitik. Ausgehend von einer Betrachtung der Disziplin der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum, der wir uns zugehörig fühlen, und deren Auseinandersetzung mit Rassismus, erörtern wir, wie eine Analyse von Rassismus unter Berücksichtigung von dessen diskursiven und materiellen Dimensionen aussehen könnte. Dies erfolgt unter Rückgriff auf die Beschäftigung mit Rassismus in der anglo-amerikanischen Entwicklungsforschung und durch die Untersuchung eines konkreten entwicklungspolitischen Fallbeispiels.

Wir betrachten zunächst (1) politikwissenschaftliche Arbeiten zu Rassismus im deutschsprachigen Raum. Während einzelne Bereiche der Politikwissenschaft wie die Integrations- und Migrationsforschung wichtige Beiträge geliefert haben, spiegelt sich dies in Einführungswerken kaum wider und insgesamt findet das Thema wenig Beachtung. In diesen Werken erscheint Rassismus zudem nicht als für globale Beziehungen relevant. Eine Betrachtung der unterschiedlichen Analyseversuche und Verständnisse von Rassismus in der deutschsprachigen Politikwissenschaft legen neben der Marginalisierung des Themas offen, dass Rassismus vor allem als innerhalb von Nationalstaaten wirksame Ideologie¹ verstanden wird, deren Zweck es ist, Ungleichheit zu legitimieren.

Die Entwicklungsforschung mit ihrem Interesse an globaler sozioökonomischer Ungleichheit scheint besonders geeignet zu sein, Rassismus als

1 Der Einfachheit halber verstehen wir Ideologie in diesem Artikel als eine politische Weltanschauung. Für eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem Begriff s. Hauck 1992.

umfassenden globalen Komplex zu verstehen, dessen diskursive Dimensionen nicht ohne den Kontext materieller Verhältnisse wirken. Ungleichheit wird hierbei oft mit rassistischen Modellen erklärt bzw. legitimiert. Hier scheint uns (2) die verstärkte Beschäftigung mit dem Zusammenhang von Rassismus, Kolonialismus und „Entwicklung“ bzw. „Entwicklungszusammenarbeit“ in der vor allem anglo-amerikanischen, interdisziplinär ausgerichteten postkolonialen Entwicklungsforschung besonders fruchtbar. Entwicklungsforschung grenzen wir hier auf die Untersuchung von Entwicklungspolitik ein, welche wir in Anlehnung an Michael Cowen und Robert Shenton (1995) als intentionale Interventionen externer Akteur_innen (meist, aber nicht nur, aus dem globalen Norden) im globalen Süden² verstehen, die unter der Vorgabe unternommen werden, die Lebensbedingungen der Gesellschaften, in die interveniert wird, zu verbessern.

Die in der anglo-amerikanischen Entwicklungsforschung ersichtlichen Forschungsperspektiven, die für ein materielle Dimensionen berücksichtigendes Verständnis von Rassismus entstehen, wenden wir (3) empirisch auf den Fall der internationalen reproduktiven Gesundheits- und Bevölkerungspolitik durch die Entwicklungspolitik der BRD in Bezug auf Tansania an.³ Davon ausgehend schlussfolgern wir, dass der Fokus auf Rassismus in der deutschsprachigen Politikwissenschaft als diskursives, Ungleichheit legitimierendes Phänomen aufgrund seiner fortdauernden Marginalität zwar notwendig ist. Er greift aber zu kurz, um Wirkmächtigkeit und Ausmaß des Rassismus zu erfassen. Vielmehr sollte die politikwissenschaftliche Untersuchung von Rassismus dessen materielle Aspekte und die Interaktion zwischen Repräsentation und politischer Ökonomie stärker in den Fokus nehmen.

Rassismusanalyse in der Politikwissenschaft

Bei den Publikationen, die wir im Folgenden betrachten, handelt es sich zwar nicht um eine umfassende, repräsentative Auswahl, aber gerade bei den Einführungswerken um solche, die in der universitären Lehre unserer Erfahrung

- 2 Mit dem Begriff globaler Süden wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben (Levander & Mignolo 2011). Globaler Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte, privilegierte Position. Die Einteilung verweist auf die unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als Profitierende und einmal als Ausgebeutete. Mit dem Begriffspaar wird versucht, unterschiedliche politische Positionen in einem globalen Kontext zu benennen, ohne dabei wertende Beschreibungen wie z.B. „entwickelt“ oder „Entwicklungsländer“ zu verwenden (vgl. Bendix 2011).
- 3 Die Ausführungen zu deutscher reproduktiver Gesundheits- und Bevölkerungspolitik basieren auf in den Jahren 2009-2011 und 2014-2015 von Daniel Bendix durchgeführten Forschungen.

nach breite Verwendung finden. In deutschsprachigen Standardwerken zur Einführung in die Politikwissenschaft wird das Thema Rassismus meist nur marginal berührt. In dem Sammelband *Studienbuch Politikwissenschaft*, der zum Ziel hat, „über die Politikwissenschaft, wie sie heutzutage an führenden Universitäten in Deutschland und anderen verfassungsstaatlichen Demokratien gelehrt wird“, zu informieren und in 20 Kapiteln „zentrale Themen der wichtigsten Teildisziplinen der Politikwissenschaft“ (Schmidt u.a. 2013: 7) behandelt, findet Rassismus beispielsweise lediglich untergeordnet in zwei Beiträgen Erwähnung. In dem Beitrag *Vergleich politischer Systeme: Demokratien und Autokratien* definiert Wolfgang Merkel Rassismus nicht explizit. Aber er zählt das „[r]assistische Apartheitregime“ (sic) als einen von „acht Typen autokratischer Herrschaft“ (Merkel 2013: 227) auf. Merkel fährt fort, dass im 21. Jahrhundert „faschistische und rassistische Autokratien weitgehend verschwunden“ sind und „Faschismus und Rassismus [...] nicht mehr als positive Herrschaftslegitimation [taugen]“ (ebd.: 228). Rassismus wird hier als rechte bzw. rechtsextreme Ideologie, als dem Faschismus ähnlich verstanden. Gleichzeitig wird Rassismus auf staatsrechtliche Fragen wie Wahlrecht und Bürgerrechte begrenzt und als unvereinbar mit demokratischen Staaten definiert. Dadurch, dass Deutschland schon in der Einleitung des Sammelbandes als „verfassungsstaatliche Demokratie“ gesetzt wird, kann Deutschlands Gesellschaftssystem demnach qua Definition nicht als Ganzes von Rassismus betroffen sein.

Darüber hinaus erwähnt lediglich ein weiterer Artikel – aus der Teildisziplin der Internationalen Beziehungen bzw. Friedens- und Konfliktforschung – Rassismus, aber ohne zu sagen, was darunter verstanden wird. In *Vom Konflikt zum Krieg: Ursachen und Dynamiken* wird auf den Erkenntnisgewinn postkolonialer Perspektiven hingewiesen, da „sie die bis heute wirkmächtigen Kontinuitäten des westlichen Kolonialismus und die Ausblendung der Historizität von sozialen Beziehungen in inter- und transnationalen Konfliktformationen herausarbeiten und problematisieren“ sowie der Frage nachgehen, „welchen Einfluss rassistische, vergeschlechtlichte, patriarchale und heterosexualisierte Eigenschaften für Begründungen von Gewalt und militärischen Interventionen haben“ (Chojnacki & Namberger 2013: 521). Bemerkenswert ist im Vergleich zum Beitrag von Merkel, dass hier – leider ohne Begriffsdefinition oder weiter gehende Auseinandersetzung – Rassismus als gegenwärtig in den internationalen Beziehungen wirkmächtig sowie als diskursiv Identitäten und Repräsentationen prägend identifiziert wird. Überraschend ist, dass selbst in politikwissenschaftlichen Beiträgen, die explizit den bestehenden und möglichen Beitrag postkolonialer Studien für die Friedens- und Konfliktforschung diskutieren, nicht von Rassismus

gesprochen wird (Engels 2014). Hier wiederholt sich augenscheinlich, was die postkolonialen Theoretikerinnen Maria do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan an der vermehrten Verwendung des Konzepts „postkolonial“ kritisieren: dass es „häufig als Euphemismus für bedrohlichere Konzepte wie ‘Imperialismus’ und ‘Neokolonialismus’ zum Einsatz kommt“ (Castro Varela & Dhawan 2010: 305). Rassismus scheint im deutschen Kontext weiterhin ein Konzept zu sein, das als ungebührlich aggressiv wahrgenommen wird, weil es auf Nationalsozialismus und Genozid verweist und das vermeintlich aufgeklärte und an Menschenrechten orientierte gesellschaftliche Selbstverständnis infrage stellt.

Die in der politikwissenschaftlichen Forschung lange Zeit übliche Gleichsetzung von Rassismus mit rechtsextremem und neonazistischem Gedankengut (und entsprechenden Aktivitäten) wurde mit dem Wiedererstarken rechtspopulistischer Parteien und Tendenzen in Europa etwas relativiert. Mittlerweile werden vermehrt deren weniger explizite rassistische Argumentationsweisen unter die Lupe genommen (Bischoff u.a. 2004). Darüber hinaus wird Rassismus vor allem im politikwissenschaftlichen Teilbereich der Migrations- und Integrationsforschung diskutiert (Demirović & Bojadzije 2002; Ross 2004; Terkessidis 2004). Hier geht es beispielsweise um den staatsbürgerlichen Ausschluss von Menschen nicht-deutscher Herkunft (Karakayali & Tsianos 2002), aber auch um die Frage nach der Konstruktion des Fremden im Zusammenhang mit der Konstitution der eigenen Identität und der Legitimierung von Exklusion (Schwarz 2010). Den Wechselwirkungen zwischen rassistischen Diskursen und konkreten wirtschaftlichen Interessen, die z.B. im Fall deutscher entwicklungspolitischer Interventionen in Tansania zutage treten (s.u.), wird nur in seltenen Fällen nachgegangen. In seiner Untersuchung der deutschen Arbeitsmarktpolitik im Hinblick auf die seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland beschäftigten Migrant_innen konstatiert Kien Nghi Ha beispielsweise „eine Reihe von diskursiv-ideologischen, sozio-ökonomischen und rechtlich-funktionalen Parallelen“ zwischen den Wanderarbeiter_innen der Kolonialzeit und späteren Gastarbeiter_innen, „die auf fortgesetzte rassistische Kolonialpraktiken in Deutschland hindeuten“ (Ha 2003: 62). Ha identifiziert in diesem Kontext die auch heute noch „ethnisch segregierte Arbeits- und Gesellschaftsstruktur“ als „charakteristisches Merkmal von Kolonial- und Apartheidstaaten“ (ebd.: 74). In anderen Beiträgen wird hingegen „Fremdenfeindlichkeit“ ins Zentrum der Untersuchung gestellt (Krzyzanowski & Wodak 2008), was unterschlägt, dass das Phänomen nicht alle „Fremden“, sondern nur ganz bestimmte, rassistisch als „fremd“ Definierte betrifft – und somit analytisch unzureichend ist.

Auch die deutschsprachige Entwicklungsforschung als Subdisziplin der Politikwissenschaft hat dem Thema Rassismus so gut wie keine Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen. Die Standardwerke zu Einführung und Überblick erwähnen Rassismus nur selten und wenn, dann wird nicht elaboriert. In Theo Rauchs *Entwicklungspolitik: Theorien, Strategien, Instrumente* wird Rassismus mit keinem Wort erwähnt, Kolonialismus nur in der Vorstellung der „linke[n] anti-imperialistische[n] Kritik“ an „Entwicklungspolitik als Handlangerin von Kapitalverwertungsinteressen“ (Rauch 2009: 88). In Dieter Nohlens *Lexikon Dritte Welt* wird unter dem Stichwort „Rassismus“ auf die Einträge „Organisation für Afrikanische Einheit“ (OAU) und „Apartheid“ verwiesen (Nohlen 2002: 687). Unter „OAU“ findet sich dann wiederum nur der Hinweis, dass diese „spezifisch afrikan. Probleme (Kolonialismus, Rassismus) konsequent zur Sprache [bringt]“ (ebd.: 626). Dadurch, dass Rassismus – ähnlich wie im erwähnten Fall von Merkel – nur noch in Bezug auf Südafrika Erwähnung findet, wird der Anschein erweckt, dieser sei nur dort ein Problem (gewesen).

Im *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik* (Nuscheler 2005) wird Rassismus zwar nicht behandelt, wohl aber verliert der Autor ein paar Worte zum Thema Kolonialismus und Entwicklungspolitik. Hier wird der Verweis auf Kolonialismus als ursächlich für heutige Probleme in Afrika als rhetorische Finte afrikanischer Politiker_innen und Intellektueller abgetan, die dadurch von ihrer Verantwortlichkeit ablenkten (ebd.: 211). Ernster zu nehmen seien nach Nuscheler Analysen, welche „auch die zivilisatorischen Leistungen des Kolonialismus“ hervorheben (ebd.: 213). Rassismus als global-gesellschaftliches Phänomen, welches die Beziehungen zwischen globalem Norden und Süden, zwischen „Gebern“ und „Empfängern“ (oder, wie in unserem Fallbeispiel, zwischen Deutschland und Tansania) im Kontext von Entwicklungspolitik beeinflussen könnte, taucht in den deutschsprachigen Überblickswerken nicht auf. Vielmehr finden sich in den Forderungen des bekannten politikwissenschaftlichen Entwicklungstheoretikers Ulrich Menzel nach Interventionen der Industrieländer des Nordens in Krisenregionen und der Unterstellung letzterer unter die Treuhandschaft ersterer selbst rassistische Elemente. Und zwar deshalb, weil die implizite Unterstellung einer selbstlosen Allgemeinwohlorientierung der politischen Klasse im Norden und die explizite einer despotischen und korrupten politischen Klasse im Süden zur Legitimation der Souveränitätseinschränkung und Herrschaftsausweitung benutzt wird. Mithin rechtfertigt die Zuschreibung von Eigenschaften gegenüber den erwähnten Gruppen ihre rechtliche Ungleichbehandlung, worauf einer von uns an anderer Stelle bereits detaillierter hingewiesen hat (Ziai 2012: 297-299).

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die explizite Beschäftigung mit Rassismus in politikwissenschaftlichen Ansätzen bisher weitgehend randständig ist, was sich insbesondere in Überblicks- und Einführungswerken widerspiegelt.⁴ Dies haben wir auch persönlich erlebt: Als einer der Autoren dieses Artikel vor ca. 10 Jahren seine Abschlussarbeit in Politikwissenschaft zu Rassismus in der Entwicklungspolitik schreiben wollte, wurde ihm deutlich zu verstehen gegeben, dass dieser Begriff für Nazizeit und Rechtsextremismus reserviert sei.

Wichtige Impulse für eine rassismuskritische politikwissenschaftliche Forschung kamen demgegenüber bis jetzt insbesondere aus migrations- und integrationspolitischen Untersuchungen. In diesen wird vor allem auf Rassismusverständnisse von Robert Miles und Albert Memmi zurückgegriffen: Rassenkonstruktionen werden entsprechend als „Prozess der Beschreibung von Gruppengrenzen und der Verortung von Personen innerhalb dieser Grenzen durch den vorrangigen Bezug auf (möglicherweise) angebotene und/oder biologische (meist phänotypische) Merkmale“ verstanden (Miles 1991: 100). Um von Rassismus sprechen zu können, müssen einer derart konstruierten Gruppe „negativ bewertete [biologische oder kulturelle] Merkmale zugeschrieben werden und/oder sie muß so dargestellt werden, daß sie negative Konsequenzen für irgendeine andere Gruppe verursacht“ (ebd.: 20). Mittels Rassismus werden „Privilegien oder [...] Aggressionen gerechtfertigt“ (Memmi 1987: 164). Die politikwissenschaftlichen Arbeiten, die sich explizit mit Rassismus beschäftigen, gehen, verallgemeinert gesprochen, von Rassismus aus, wenn Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer nach Herkunft definierten Gruppe bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden (Rassialisierung) und damit eine ungleiche Verteilung von Macht, Rechten oder Ressourcen erklärt oder legitimiert wird. Wie wir im nächsten Abschnitt ausführen und in dem darauf folgenden empirischen Teil verdeutlichen, ist im Sinne der von uns hier propagierten kombinierten Rassismusanalyse allerdings deutlichere Verschiebung hin zu Aufmerksamkeit für politökonomische Ungleichheit und handfeste ökonomische Interessen vonnöten, um die sich gegenseitig stabilisierende Wirkung von Diskursivem und Materiellem zu greifen.

4 Eine Veränderung ist hoffentlich in Sicht durch neuere postkoloniale Arbeiten in der Politikwissenschaft. In dem von einem von uns herausgegebenen Sammelband „Postkoloniale Politikwissenschaft“ (Ziai 2016) wird beispielsweise in mehreren Beiträgen auf Rassismus Bezug genommen.

Rassismusanalyse in der postkolonialen Entwicklungsforschung

Das Forschungsinteresse der politikwissenschaftlichen Teildisziplin Entwicklungsforschung (bzw. *Development Studies*) – Ungleichheit im globalen Kontext – müsste diese eigentlich dafür prädestinieren, sich mit Rassismus, dessen Ursachen und Auswirkungen zu beschäftigen. Hier bietet vor allem die postkolonial inspirierte Entwicklungsforschung einen theoretischen Rahmen, mit dem Rassismus als globales Phänomen, das transnationale Zusammenhänge strukturiert, fassbar wird. In diesem Forschungskontext verorten wir uns selbst und reflektieren hier auch unsere eigene Auseinandersetzung mit, und Herangehensweise an, Rassismus in der Entwicklungspolitik bzw. im Kontext von Fragen von „Entwicklung“.

Für den deutschsprachigen Kontext wurde mit dem Buch *Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick* Pionierarbeit geleistet (Melber 1992). Darin finden sich Überlegungen zur historischen Genese des Entwicklungsdenkens, dessen Zusammenwirken mit Kolonialismus und Rassismus und zu Kontinuitäten im Alltagsbewusstsein von Menschen in der BRD. Neuere Arbeiten aus dem anglo-amerikanischen Kontext rezipierend, ist einer von uns (Ziai 2008) den kolonialen Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik und ihren rassistischen Grundannahmen in konzeptioneller Stoßrichtung nachgegangen. Er kam zu dem Schluss, dass, während der „koloniale Diskurs“ offen rassistisch ist, große Teile der Entwicklungszusammenarbeit verdeckt rassistische Grundannahmen und Effekte aufweisen: „Rassismus ist in der Entwicklungszusammenarbeit durch ihr koloniales Erbe und die damit verbundenen Strukturen ständig präsent“ (ebd.: 201). Während rassismuskritische Perspektiven in der Entwicklungsforschung im deutschsprachigen Raum in den Anfängen stecken, existieren in den vornehmlich anglo-amerikanischen *Development Studies* dynamische, stark interdisziplinär ausgerichtete Forschungszusammenhänge, die ein breiteres Verständnis von Rassismus verwenden und gerade für die deutschsprachige Politikwissenschaft bzw. Sozialwissenschaften insgesamt wichtige Anstöße geben können. In den *Development Studies* hat sich seit ca. Anfang der 2000er eine differenzierte Diskussion um den Einfluss von Rassismus auf Entwicklungsdenken, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit entsponnen.⁵ Hinzu kommt der lateinamerikanische Forschungszusammenhang der „dekolonialen“ Perspektive, der wichtige Beiträge zum kolonialen Ursprung des Entwicklungsdenkens und vor allem zum primären Forschungsgegenstand der Entwicklungsforschung – globale sozioökonomische Ungleichheit – leistet (z.B. Dussel 1995; Quijano 2000).

5 Vgl. u.a. White 2002; Kothari 2006b; Wilson 2012; Shilliam 2014.

Wissenschaftler_innen haben schon länger die Tendenz in der Entwicklungspolitik kritisiert, europäische Epistemologie – positivistische wissenschaftliche Rationalität – als einzige legitime Form der Wissensproduktion zu privilegieren und zu universalisieren (Nandy 1988; Apffel-Marglin & Marglin 1990). Nach John Briggs und Joanne Sharp herrscht in der internationalen Entwicklungspolitik die Vorstellung vor, „dass westliche Wissenschaft und Rationalität entweder weiter fortgeschritten und kultivierter als andere Positionen ist, oder dass sie ganz einfach die Norm sind – Wissen in der Einzahl –, von der andere in ihrer Fehlbarkeit abfallen“ (Briggs & Sharp 2004: 662).⁶ Nicht-westliche Wissenssysteme, die diesem hegemonialen europäischen Verständnis nicht entsprechen, würden, wenn überhaupt, höchstens im Namen von „ownership“ als nützliche Ergänzung zu den „wissenschaftlichen“ Expert_innenlösungen hinzugefügt. So führe Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit die kolonialen Praktiken der Zerstörung, Missachtung und Marginalisierung der Wissens- und Glaubenssysteme der ehemals kolonisierten Gesellschaften fort. In unserem empirischen Fall ist das beispielsweise darin angedeutet, dass deutsche Entwicklungsexpert_innen in Tansania den Wunsch nach einer – in ihren Augen – großen Anzahl von Kindern als irrational verwerfen.

Rassismuskritische, postkoloniale Untersuchungen von Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit haben weiterhin vor allem herausgestellt, dass darin die Zweiteilung der Welt in „entwickelt“ und „unterentwickelt“ in Rassenzuschreibungen verstärkender Manier fortgeschrieben wird, das Denken in „Rassen“ aber auch in vielen anderen Bereichen der Entwicklungsforschung fortlebt.⁷ So wird beispielsweise beobachtet, dass andere Konzepte „wie ‘Tribalismus’, ‘Ethnizität’, ‘Tradition’, ‘Religion’ und, möglicherweise am stärksten, ‘Kultur’“ als Platzhalter für „Rasse“ fungieren, die Art der Kategorisierung der damit Bezeichneten sich aber nicht verändert hat (White 2002: 408). Deshalb könne man davon sprechen, dass „anstatt auf dessen Irrelevanz zu verweisen, das Schweigen über „Rasse“ ein viel-sagendes Schweigen ist, welches ihre Zentralität für das Entwicklungsprojekt sowohl maskiert wie markiert“ (ebd.). So stellten entwicklungspolitische Prinzipien wie „Partnerschaft“, „Partizipation“ und „ownership“, die Gleichberechtigung zwischen „Entwicklungshilfgebern“ und „Entwicklungshilfeempfängern“ suggerieren, die Annahme der Überlegenheit westlicher Nationen und „Entwicklungsexpert_innen“ nicht wirklich infrage, solange die Grundstruktur (Probleme dort, Problemlösungskompetenz hier) erhalten bleibt (Cooke & Kothari 2001; Eriksson Baaz 2005; Noxolo 2006). Dieses

6 Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate stammen von den Autoren.

7 Vgl. Heron 2007; Kothari 2006a; McEwan 2009; Power 2006.

Ungleichgewicht kennzeichnet auch grundlegend die Beziehungen zwischen Deutschland und Tansania, so dass lediglich Entwicklungsinterventionen in tansanische Richtung im Bereich des Möglichen erscheinen.

Patricia Noxolo (2006) zeigt beispielsweise auf, dass die Unmöglichkeit tatsächlicher Partnerschaft zwischen Großbritannien und seinen ehemaligen Kolonien auf einem Fortleben kolonialzeitlicher rassialisierter und vergeschlechtlicher Hierarchien innerhalb der Commonwealth-Idee der „family of nations“ gründet. In ähnlicher Stoßrichtung kommt Maria Eriksson Baaz (2005) in ihrer Untersuchung skandinavischer „Entwicklungshelfer_innen“ zu der Erkenntnis, dass diese auf rassistische Vorstellungen von Afrikaner_innen als faul und irrational und von sich selbst als überlegen zurückgreifen, um Widerstand ihrer „Partner_innen“ gegen ihre eigenen Vorschläge als Passivität und Indifferenz anstatt als autonomes Handeln zu interpretieren. In diesen Arbeiten wird auch vor allem auf Diskurse und Repräsentation fokussiert. Materiellen Dimensionen wie Geldzahlungen, Mobilität oder militärischen Ungleichgewichten wird hingegen keine direkte Aufmerksamkeit zuteil. Sie werden lediglich als Kontext betrachtet, wenn darauf hingewiesen wird, dass sozioökonomische Ungleichheit zwischen „Gebern“ und „Empfängern“ beispielsweise das Sprechen über Gleichheit ad absurdum führe (Cooke 2001).

Die hier angeführten postkolonialen, rassismuskritischen Arbeiten wurden oftmals für ihren „kulturellen Bias“ kritisiert: Auch wenn sie materielle Dimensionen und die Wirkungsweise des globalen Kapitalismus nicht vollständig außer Acht lassen, so lassen sie diese eben auch nicht explizit zu einem Teil der Analyse werden. Mit ihrem Fokus auf die Analyse von Diskursen, Subjektivitäten und Ideologien bürden sie „das Risiko, die Materialität der sozialen und politischen Beziehungen zu verdecken bzw. zu vernachlässigen, welche die Reproduktion dieser Diskurse, Ideologien und symbolischen Praktiken möglich, wenn nicht sogar unausweichlich, machen“ (Santos 2010: 234). Dies ist auch für die wenigen empirischen Arbeiten zu Rassismus in der Entwicklungspolitik im deutschsprachigen Kontext zu konstatieren. An einigen dieser Arbeiten haben wir schreibend oder auch beratend mitgewirkt. Hier wurden beispielsweise entwicklungspolitische Spendenplakate (Kiesel & Bendix 2010), der entwicklungspolitische Freiwilligendienst *weltwärts* (Kontzi 2015), entwicklungspolitische Bildungsarbeit (Bendix u.a. 2015) und die Darstellung von Entwicklung in Schulbüchern untersucht (Marmer & Ziai 2015). Andere Arbeiten haben sich beispielsweise mit Fairem Handel (Lemme 2015) und auch bereits mit dem Konzept der „Sexuellen und Reproduktiven Gesundheit und Rechte“ beschäftigt (Deuser 2010). Der Fokus liegt auch in diesen Arbeiten fast

ausschließlich auf Repräsentation und Identitäten. Hier ist ähnlich wie für die deutschsprachige Politikwissenschaft insgesamt festzuhalten, dass Rassismus als Legitimationsnarrativ untersucht wird, welches Identitäten formt und bestehende ungleiche (global-)gesellschaftliche Teilhabe erklärt bzw. dessen Fortführung ermöglicht. Die global-gesellschaftlichen Zusammenhänge werden nicht näher untersucht bzw. es wird nicht nach dem Zusammenspiel zwischen Diskursen und Materialität gefragt.

Solche Materialität hat weiter zurückliegende Entwicklungsforschung stärker in den Blick genommen. So zeichnete Walter Rodney in seinem Werk „Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung“ nach, dass Afrika vor dem Beginn der europäischen kolonialen Aggressionen unterschiedliche Gesellschaftsformen mit jeweils unterschiedlichen Produktionsformen aufwies, die aber seit 500 Jahren europäischen ökonomischen und politischen Interessen untergeordnet werden. Er versteht Rassismus vom Materiellen aus denkend als Folge der wirtschaftlich motivierten Versklavung und Ausbeutung von Afrikaner_innen, Amerikaner_innen und Asiat_innen durch europäische Kapitalisten (s. dazu auch die Ausführungen von Gerhard Hauck in diesem Heft, S. 153ff).

In der These, dass im Laufe der Zeit wirtschaftliche und rassistische Unterdrückung derart miteinander einhergingen, dass sie „nicht mehr zu unterscheiden“ (Rodney 1975: 76) gewesen seien, ähneln seine Ausführungen denen dekolonialer lateinamerikanischer Theoretiker_innen wie Aníbal Quijano (2000) und Enrique Dussel (1995), denen zufolge sich die Kategorie „Rasse“ als grundlegende und universelle Form der sozialen Klassifizierung im globalen Kapitalismus der Neuzeit etablierte und reproduzierte. Rassialisierung, d.h. die Konstruktion einer ethnischen oder kulturellen Gruppe, der bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensweisen zugeschrieben werden, wurde zur Grundlage und zum zentralen legitimatorischen Bezugspunkt des eurozentrischen Charakters der Machtverteilung, der Europa ins Zentrum der Welt stellte und „den Rest“ zur Peripherie werden ließ. Autor_innen der rassismuskritischen, postkolonialen Entwicklungsforschung haben entsprechend zuweilen auch empirisch untersucht, wie diskursive Rassialisierung, tatsächliche materielle Praktiken, Ausbeutung und globale politökonomische Machtkonstellationen zusammenwirken (Wilson 2012). Joel Wainwright (2008) hat beispielsweise analysiert, wie die rassistische Unterordnung der Maya im kolonialen wie post-kolonialen Belize (zuvor Britisch-Honduras) mit materiellen und ökonomischen Effekten von Entwicklungsprojekten zusammenhing. Diese hatten zum Ziel, die Maya sesshaft zu machen und ihr Landwirtschaftssystem zu reformieren.

In dieser Untersuchung der Auseinandersetzung mit Rassismus in der Entwicklungsforschung ist, auch wenn er im Mainstream selbst im anglo-amerikanischen Raum weiterhin kein Thema ist, deutlich geworden, dass gegenwärtige Entwicklungspolitik mit Blick auf globale ökonomische (sowie politische, militärische, kulturelle etc.) Ungleichheit und Ausbeutung sowie konkrete Interessen auf ihren Zusammenhang mit Rassismus untersucht werden sollte. Einschlägige Arbeiten (auch unsere eigenen) haben sich bis jetzt zwar vor allem auf Repräsentationen zum Zweck der Legitimation von Ungleichheit konzentriert. Diesen Fokus bezeichnen wir als diskursive Rassismusanalyse. Wir halten ihn immer noch für sinnvoll, aber auch für begrenzt. Allerdings werden auch in einigen wenigen Arbeiten die Verbindungen zwischen rassistischen Diskursen und materiellen Praktiken der politischen Ökonomie empirisch analysiert, mithin eine kombinierte Rassismusanalyse betrieben. Diese Art der Untersuchung ist aufwändiger, gewährleistet aber eine materielle Erweiterung bisheriger Analysen. Hier gilt es, Diskurse politökonomisch zu kontextualisieren und darauf zu achten, wie Wissenskonfigurationen verbunden sind mit „der Sphäre der Materialität [...] [und] mit dem Bereich der Objekte und spezifischen [...] Praktiken“ (Young 2001: 399). Auch wenn dies in der Praxis noch nicht zufriedenstellend unternommen wurde, bietet doch die Entwicklungsforschung mit ihrer Perspektive auf Entstehung und Fortführung globaler Ungleichheit ein ideales Feld, um eine solche kombinierte Rassismusanalyse durchzuführen.

Deutsche reproduktive Gesundheits- und Bevölkerungspolitik in Tansania

In diesem Abschnitt wird Einblick in ein Beispiel empirischer Forschung gegeben, um die bisher angestellten konzeptionellen Überlegungen anzuwenden. Dabei gehen wir davon aus, dass Diskurse mit „materiellen Ereignissen und Umständen, den Formen, durch die Diskurse sozusagen mit der materiellen Welt verwoben sind“, interagieren (ebd.: 387). Die Bundesrepublik Deutschland ist entwicklungspolitisch in Tansania im Bereich „Sexuelle und reproduktive Rechte und Gesundheit, und Bevölkerungsentwicklung“ tätig. Dies ist einer der drei Schwerpunkte deutscher „Entwicklungszusammenarbeit“ (EZ) mit Tansania. Die Frage, die wir uns hier stellen, ist, welche Erkenntnisse eine Betrachtung dieses Falls mithilfe der von uns propagierten kombinierten Rassismusanalyse liefert und welche Schlüsse sich daraus für die Untersuchung von Rassismus insgesamt ziehen lassen. Vorweg sei gesagt, dass die BRD nicht ohne Einwilligung der tansanischen Regierung in Tansania tätig ist. Jegliche „Entwicklungszusammenarbeit“ beruht auf

in jeweils spezifischen Macht- und Interessenskonstellationen verhandelten Abkommen, sowohl auf Regierungsebene als auch auf regionaler und lokaler. Der Fokus dieser Untersuchung ist allerdings die deutsche Seite der „Entwicklungszusammenarbeit“.

In einem ersten Schritt bedienen wir uns einer diskursiven Rassismusanalyse. Diese stützen wir zunächst auf die Feststellung, dass deutsche EZ auf eine Verringerung des Bevölkerungswachstums in Tansania abzielt. So lautete die offizielle Pressemitteilung beim Besuch des damaligen Ministers des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Dirk Niebel folgendermaßen:

„Tansania gehört zu den größten Begünstigten deutscher Entwicklungszusammenarbeit in Sub-Sahara Afrika. Wir werden weiter zusammenarbeiten, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen: die weiterhin weit verbreitete Armut in diesem Land zu bekämpfen. Das hohe Bevölkerungswachstum in Tansania von 2,9 Prozent droht unsere gemeinsamen Anstrengungen zu untergraben.“
(GTZ 2010)

Das hohe Bevölkerungswachstum stünde also einer effektiven Armutsbekämpfung im Wege (BMZ 2012). Dieses Verständnis von Bevölkerungswachstum basiert auf der Vorstellung, dass Tansanier_innen Konsument_innen begrenzter ökonomischer, ökologischer und sozialer Ressourcen seien. Eine Erhöhung ihrer Anzahl würde zu einer Verringerung der konsumierten Menge führen. Implizit wird hier von Durchschnittswerten und einer gleichmäßigen Verteilung ausgegangen, was die oft massiven sozialen Ungleichheiten im Zugang zu diesen Ressourcen außer Acht lässt. Die hier artikulierte Vorstellung, das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum sei ausschlaggebend für die Armutsbekämpfung, hätte allenfalls im Kontext einer streng planwirtschaftlichen Ressourcenverteilung eine mögliche Grundlage. Im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse ist sie theoretisch absurd und praktisch seit dem Pearson-Bericht der UN 1970, der feststellte, dass in zahlreichen Ländern des Südens Wirtschaftswachstum nicht zu einer spürbaren Verringerung der Armut geführt hatte, widerlegt (Commission on International Development 1970). Der vom BMZ konstruierte Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Armut ist somit mindestens fragwürdig. Die Vorstellung wird allerdings von der tansanischen Regierungsseite – zumindest offiziell – geteilt und diese ist an bevölkerungspolitisch relevanten Interventionen interessiert. Diese Harmonie zwischen „Geber“ und „Empfänger“ von „Entwicklungshilfe“ war nicht immer gegeben: Erst auf Druck von des UN-Fonds für Bevölkerungsentwicklung UNFPA (*United Nations Population Fund*), der Weltbank und der US-Entwicklungsagentur USAID (*United States*

Agency for International Development) schwenkte die tansanische Regierung in den 1980er Jahren auf den Kurs des internationalen bevölkerungspolitischen Establishments ein (Richey 2008).

Über die in der GTZ-Pressemitteilung ersichtliche Perspektive hinaus wird Bevölkerungspolitik auch mit rassifizierten Zuschreibungen gerechtfertigt: In Interviews⁸ mit Mitarbeiter_innen deutscher entwicklungspolitischer Organisationen konnten wir feststellen, dass als problematisch angesehene Fertilitätsraten bzw. Bevölkerungsgröße stets mit einem angeblich niedrigen gesellschaftlichen Status von Frauen in Bezug gesetzt wurden. Die deutsche EZ sieht hohe Fertilitätsraten in Afrika insgesamt und insbesondere die Rate von 5,5 Kindern pro Frau in Tansania als Problem (DSW 2010; evaplan 2009). Deutsche „Entwicklungsexpert_innen“ sind der Ansicht, dass Frauen in Tansania kein Mitspracherecht und keine Autonomie in sexuellen und reproduktiven Angelegenheiten haben, dass „die Männer diktieren und sich ’n Scheiß drum kehren, ob jetzt ein Fruchtbarkeitstag [ist] oder nicht, und ich hab jetzt Lust und fertig ist“.⁹ Die fehlende Kontrolle über ihr sexuelles und reproduktives Leben angesichts gesellschaftlicher Unterdrückung führe dazu, dass sie mehr Kinder bekämen, als sie gerne hätten, so die vorherrschende Meinung der EZ-Mitarbeiter_innen. Die Geburtenraten und das Bevölkerungswachstum in Tansania werden so als Zeichen für Traditionalität und gesellschaftliche Rückständigkeit interpretiert. Modernität wird im Sinne des „demographischen Wandels“ verstanden als gekennzeichnet durch niedrige Geburtenraten. Die Darstellung tansanischer Frauen durch die deutsche EZ korrespondiert mit dem, was Chandra Talpade Mohanty (1991) bereits vor langer Zeit als Konstruktion der „Dritten-Welt-Frau“ kritisiert hat. Diese werde – selbst von Feminist_innen – als passives, unterdrücktes Opfer ihrer Kultur zum konstituierenden „Gegenstück“ der vermeintlich emanzipierten Frau im Globalen Norden konstruiert.

Die deutsche EZ nimmt weiterhin an, dass es einen hohen ungedeckten Bedarf an Verhütungsmitteln gibt, was eine explizite, auf Verlangsamung des Bevölkerungswachstums bzw. Geburtenverhinderung abzielende Politik unnötig mache (evaplan 2009). Diese Perspektive ist ganz im Sinne der

8 Daniel Bendix hat insgesamt über 50 Interviews mit deutschen „Entwicklungsexpert_innen“ bzw. in der Privatwirtschaft tätigen Berater_innen in unterschiedlichen Institutionen geführt: sowohl mit in Deutschland Tätigen, deren Arbeit Bezug zur deutschen reproduktiven Gesundheitspolitik in Tansania hat, als auch in Tansania. Dort hat er mit deutschen Mitarbeiter_innen in staatlichen, Nichtregierungs- und kirchlichen/missionarischen Zusammenhängen in den Regionen Kilimanjaro, Arusha, Lindi, Mtwara, Daressalam und Tanga gesprochen und ihre Arbeitskontexte aufgesucht.

9 Interview 10, ehemalige_r Leiter_in des deutschen Gesundheitsprogramms in Tansania.

Post-Kairo-Konferenz-Agenda¹⁰, die offiziell Abschied genommen hat von expliziter Makro-Bevölkerungspolitik, aber auf das Selbstmanagement von Frauen im globalen Süden baut, auf ihren Wunsch, weniger Kinder zu bekommen (Schultz 2006). Bis hierhin könnten Vertreter_innen der EZ diese Zuschreibungen noch damit zu rechtfertigen versuchen, dass die Tansanier_innen „nun mal so sind“. Das ist dann zwar eine aufgrund von zugeschriebener gemeinsamer Kultur erfolgte rassialisierende Homogenisierung und schließt an kolonialzeitliche Diskurse an, könnte aber dennoch mit statistisch erhebbaren sozialen Phänomenen korrespondieren. Allerdings werden die deutschen „Entwicklungsexpert_innen“ in Tansania damit konfrontiert, dass entgegen ihrer Vorannahme

„erstaunlicherweise das Interesse oder die Nachfrage an Kontrazeptiva, die man so erheben kann über den ‘unmet need’ [ungedeckter Bedarf] gar nicht so hoch ist. Das heißt, die Akzeptanz von Familienplanung ist noch nicht so hoch wie wir uns das wünschen würden, ne. [...] In Tansania ist die Herausforderung [...] was können wir als deutsche EZ [tun], um diese Nachfrage ... also das Ministerium und die Zivilgesellschaft dabei zu unterstützen, diese Nachfrage zu generieren.“¹¹

Das „fehlende“ Bedürfnis, weniger Kinder zu bekommen, wird auch von Studien bestätigt, die angeben, dass verheiratete Frauen sich durchschnittlich 5,4 und verheiratete Männer 5,9 Kinder wünschen, was gerade bei Frauen in etwa der tatsächlichen Fertilitätsrate (5,5) entspricht (Leahy & Druce 2009). Erst jüngst hat auch eine Studie der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) festgestellt, dass nicht ein ungedeckter Bedarf an Verhütungsmitteln, sondern ein zu hoher Kinderwunsch quer durch alle sozialen Schichten in vielen afrikanischen Ländern das Problem sei (Angenendt & Popp 2014: 27). Entsprechend dem Bedürfnis, Fertilitätsraten zu senken, setzen sich diverse deutsche EZ-Organisationen durch unterschiedlichste Aktivitäten und Finanzmittel dafür ein, den „unmet need“ zu steigern und Akzeptanz, Angebot und Verwendung „moderner“ Verhütungsmittel zu erhöhen. „Moderne“ Kontrazeptiva führten wiederum auch dazu, dass Frauen gleichberechtigter und freier in ihren Entscheidungen würden. „Freie“ Entscheidungen werden, wie erwähnt, im Sinne des Kairo-Konsenses als zwangsläufig geburtenreduzierend wahrgenommen.

Insgesamt kann die Tendenz festgestellt werden, dass Tansanier_innen in Diskursen über Bevölkerungsentwicklung und Geburtenraten – oftmals

10 In Kairo fand 1994 die Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen statt.

11 Interview 24, Leiter_in der Komponente Reproduktive Gesundheit des *Tanzanian-German Programme to Support Health* (TGPSH), 19.03.2010.

mit Verweis auf rückständige Geschlechterverhältnisse und irrationales Verhalten – rassialisiert werden. Während „freie Wahl“ der Kinderzahl propagiert wird, werden Tansanier_innen als irrational bewertet, wenn sie nicht weniger Kinder haben oder „moderne“ Kontrazeptiva verwenden wollen. Solches Verhalten wird mit fehlender Bildung erklärt, worauf mit EZ-Maßnahmen reagiert wird. Deutsche Entwicklungspolitik (ebenso wie – nicht zu vergessen – die Eliten Tansanias) ordnet also in paternalistischer Manier die Wünsche der tansanischen Zielgruppen von EZ dem Ziel der Reduzierung des Bevölkerungswachstums unter und legitimiert Interventionen über die Rassialisierung von Tansanier_innen als „rückständig“. Dies steht klar in Widerspruch zur UN-Frauenrechtskonvention (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women* – CEDAW) von 1979. Nicht zuletzt da niedrige Geburtenraten während der kolonialen Besetzung Ostafrikas von den deutschen Kolonisor_innen ebenfalls mit der angeblichen Rückständigkeit der Geschlechterverhältnisse begründet wurden (Bendix 2016), wird deutlich, dass hier „durch koloniale Prozesse konstruierte rassialisierte Formationen re-präsentiert und re-artikuliert“ werden (Kothari 1996: 3). Somit kann in diesem Fall die Annahme rassistischer Elemente im Entwicklungsdiskurs als bestätigt gelten.

In diesen Erkenntnissen weist die Darstellung des Falles deutscher Bevölkerungspolitik in Tansania jedoch noch nicht über das oben referierte diskursive Rassismusverständnis, mithin über die Legitimation von Ungleichbehandlung durch diskursive Konstruktionen, hinaus. Es konnte lediglich festgestellt werden, dass Rassialisierung vollzogen wird und dies materielle Praktiken nach sich zieht. Letztere bestehen in entwicklungspolitischen Interventionen in Form der Verbreitung von Kontrazeptiva auch gegen den Willen von Tansanier_innen – nicht in der Form von Zwangsmaßnahmen, aber im Rahmen von „Aufklärungsprojekten“ unter Missachtung oder zumindest Geringschätzung ihrer Selbstbestimmung. Dies bestätigt die Annahmen, dass „trusteeship“ (Cowen & Shenton 1995), der „will to improve“ (Li 2007) und „institutionalisierte Besserwisserei“ (Lepenies 2014) historische Kontinuitäten der Entwicklungspolitik sind.

Eine über die bisherige Forschung hinaus gehende Vorgehensweise im Sinne einer kombinierten Rassismusanalyse müsste jedoch die Verschränkung von diskursiven und materiellen Faktoren, von Ideologien und Interessen, genauer in Augenschein nehmen. Im vorliegenden Fall liegt nahe, die Verknüpfung der diskursiven Konstruktionen in der deutschen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik mit der politischen Ökonomie des Verhütungsmittelmarktes zu untersuchen. Die wirtschaftlichen Interessen deutscher Pharmafirmen und deren Zusammenspiel mit veränderten

bevölkerungspolitischen Ideologien hat erst kürzlich einer von uns in einem anderen Heft dieser Zeitschrift analysiert (Bendix & Schultz 2015).

Eine nähere Betrachtung der tatsächlichen Versorgung Tansanias mit Kontrazeptiva zeigt, dass deutsche Unternehmen einen beträchtlichen Anteil an diesem Markt für sich beanspruchen. So gelangen Kontrazeptiva deutscher Provenienz beispielsweise über das *Medical Stores Department* (MSD), einer für die Versorgung von Medikamenten und medizinischem Gerät verantwortlichen, autonomen Abteilung des tansanischen Gesundheits- und Sozialministeriums, nach Tansania.¹² Die dafür notwendigen Finanzmittel werden vom so genannten *Health Basket* der tansanischen Regierung bereitgestellt, durch den alle großen „Geber“, inklusive Deutschland (über die KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau), ihre „Entwicklungshilfe“ schleusen. Darüber hinaus versorgen UNFPA und USAID Tansania separat mit Kontrazeptiva.¹³ Ein großer Teil der durch „Geber“ finanzierten Kontrazeptiva, die kostenlos in tansanischen Gesundheitseinrichtungen bereitgestellt werden, stammten von *Bayer HealthCare*.¹⁴ 2010 gewann Bayer die Ausschreibung, um USAID mit der Antibabypille Microgynon zu versorgen.¹⁵ Bayer HealthCare ist insgesamt führend, was die Bereitstellung hormoneller Verhütungsmittel für das öffentliche Gesundheitssystem Tansanias angeht (v.a. durch das Implantat Jadelle, die Pillen Microgynon und Microlut und die Dreimonatsspritze Noristerat). Weiterhin waren die deutschen Firmen *Fresenius* und *HELM* zum Zeitpunkt der Forschung in den Absatz der Dreimonatsspritze Petogen-Fresenius involviert. HELM hat auch das MSD mit Kondomen beliefert. Die Dreimonatsspritzen, die von der im Bereich „social marketing“ von Familienplanung führenden NRO *Population Services International* (PSI) vertrieben werden, werden ebenfalls von Fresenius produziert und von HELM vermarktet (die KfW hat PSI explizit finanziell gefördert, um der Organisation den Bezug von pharmazeutischen Kontrazeptiva zu ermöglichen). Auch wenn es angesichts unterschiedlicher „Geber“ und Kanäle quasi unmöglich erscheint, definitive quantitative Informationen über die Anteile deutscher Firmen am Kontrazeptiva-Markt Tansanias zutage zu fördern, lässt sich doch feststellen, dass deutsche Pharmaunternehmen einen großen Anteil am Absatz der zwei hauptsächlich Anwendung findenden Arten von Kontrazeptiva haben, da Dreimonatsspritzen und orale Kontrazeptiva zwei Drittel aller benutzten

12 Interview 48, Verantwortlicher für Logistik im Headquarter von MSD, Tansania, 22.7.2010.

13 E-Mail-Kommunikation mit einem Repräsentanten von *John Snow, Inc.* (JSI), Tansania, 21.7.2010.

14 ebd.

15 ebd.

„modernen“ Verhütungsmittel ausmachen (National Bureau of Statistics & ICF Macro 2010).

Doch es gibt noch weitere Praktiken der EZ, die mit ökonomischen Interessen deutscher Pharmaunternehmen (und indirekt mit den dargestellten Konstruktionen der Gesundheits- und Bevölkerungspolitik) in Zusammenhang stehen. In Partnerschaft mit USAID hat Bayer HealthCare 2010 die *Contraceptive Security Initiative* ins Leben gerufen, um orale Kontrazeptiva in Tansania und weiteren zehn afrikanischen Ländern für wohlhabendere Bevölkerungsschichten im privaten Markt zu etablieren. Die Pille Microgynon Fe ist als vergünstigtes Originalpräparat seit 2010 in Äthiopien, seit 2011 in Uganda und seit 2014 in Tansania zu haben. Nach Bayer hat die „sich in diesen Ländern bildende Mittelschicht [...] somit auch die Möglichkeit, finanzielle Verantwortung für die eigene Familienplanung zu übernehmen“ (Bayer AG 2011: 15). Diese Zielgruppe wird in den Ländern des Globalen Südens immer mehr ins Auge gefasst, oftmals mit umfassender Unterstützung öffentlicher Geldgeber. USAID finanziert sowohl das länderspezifische Informationsmaterial, das von Bayer bereitgestellt wird, als auch das entsprechende „social marketing“ zur Familienplanung. Die Contraceptive Security Initiative stellt nach Bayer HealthCare „einen neuen strategischen Ansatz und einen innovativen Weg zur Erschließung der Märkte in Entwicklungsländern dar“ (Bayer HealthCare 2011). Im Anschluss an den „Familienplanungsgipfel“ 2012 in London, bei dem beschlossen wurde, bis zum Jahr 2020 zusätzlichen 120 Millionen Menschen im Globalen Süden Zugang zu Information, Diensten und Waren rund um Familienplanung zu verschaffen, rief Bayer HealthCare darüber hinaus 2012 zusammen mit (u.a.) der britischen und US-Regierung sowie der *Bill & Melinda Gates Foundation* das *Jadelle Access Program* ins Leben (Schultz & Bendix 2015). In diesem Kontext vereinbarten Bayer und die Bill & Melinda Gates Foundation, 27 Millionen Stück des von Bayer vertriebenen Verhütungsimplantats Jadelle über sechs Jahre hinweg für einen von 18 US\$ auf 8,50 US\$ reduzierten Preis pro Implantat für entwicklungspolitische Maßnahmen (auch in Tansania) zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Initiative und einer Preisreduzierung von Jadelle um fünfzig Prozent hat Bayer HealthCare mit Hilfe öffentlicher Entwicklungshilfegelder und der Gates-Stiftung ihr Produkt angesichts des bis dato günstigeren Sino-Implant (II) (hergestellt von *Shanghai Dahua Pharmaceuticals*) wieder wettbewerbsfähig gemacht. Kürzlich kündigte Bayer an, das Programm bis 2023 zu verlängern. Durch die breite Vermarktung von Produkten in Kontrazeptiva-Märkte des Globalen Südens vorzudringen ist lukrativ. So geht ein Marktinsider davon aus, dass sich in

Tansania innerhalb von fünf Jahren die Ausgaben für Kontrazeptiva verdoppeln werden.¹⁶ *Transparency Market Research* (2014) nimmt einen Wert des globalen Kontrazeptiva-Markts in Höhe von US\$ 15,7 Mrd. im Jahr 2013 an und prognostiziert dessen Steigerung auf US\$ 19,6 Mrd. im Jahr 2020, was einer Wachstumsrate von jährlich 3,1 Prozent von 2014 bis 2020 entspräche. Die Pharma-Kampagne der *Bundeskoordination Internationalismus* (BUKO) wertet die Contraceptive Security Initiative entsprechend auch als „Marketinginstrument, um Bayers Position als Weltmarktführer für orale Kontrazeptiva und auch die Marktstellung im Bereich Frauengesundheit zu verteidigen“ (BUKO Pharma-Kampagne 2014: 40). Das gleiche lässt sich über das Jadelle Access Program sagen.

Es lässt sich somit ein offensichtliches und direktes ökonomisches Interesse deutscher Unternehmen an einer geburtenreduzierenden reproduktiven Gesundheits- und Bevölkerungspolitik in Tansania identifizieren. Die diskursive Konstruktion der tansanischen Frauen durch Entwicklungspolitik und die damit begründeten Praktiken der Verbreitung von Verhütungsmitteln stehen hiermit im Einklang und stützen sich gegenseitig. Die Feststellung eines Zusammenspiels von Repräsentation sowie ökonomischen Strukturen und Interessen soll weder suggerieren, dass Pharmaunternehmen rassistische Narrative intentional und strategisch einsetzen, um ökonomisch Profit zu generieren, noch dass Entwicklungsexpert_innen in ähnlicher Weise agieren, um ihre Präsenz im Sinne institutioneller Selbsterhaltung zu legitimieren. Vielmehr wurde in den Interviews deutlich, dass sowohl Vertreter_innen von Pharmaunternehmen wie in der EZ Tätige von ihren Perspektiven gänzlich überzeugt waren und glaubwürdig altruistische Motivationen vermittelten. Inwiefern eigene Interessen so internalisiert werden, dass sie den Beteiligten als allgemeingültig erscheinen, können wir hier nicht weiter ergründen.

Festzustellen ist allerdings, dass es in den letzten Jahren Veränderungen in der deutschen EZ gab, so dass der Dimension der Außenwirtschaftsförderung mehr Gewicht eingeräumt wurde. Unter Leitung des BMZ durch Minister Niebel wurde wirtschaftliches und politisches Eigeninteresse als Motivation für Entwicklungspolitik hierzulande wieder offensiver vorgetragen (German Federal Foreign Office 2011; Kuhn 2011). Entwicklungsminister Niebel brachte dies auf den Punkt:

„Wenn wir kluge Entwicklungspolitik betreiben, nehmen wir Geld für Deutschland ein. Mit jedem Euro Entwicklungszusammenarbeit fließen langfristig

16 E-Mail-Kommunikation mit einem Repräsentanten von John Snow, Inc., Tansania, 21.7.2010; vgl. Kuumba 1999.

zwei Euro zurück zu uns. [...] Es ist deutlich billiger, mit friedlichen Ländern Handel zu führen, als feindliche zu bekriegen.“¹⁷

Man fragt sich, wie sich diese außenpolitische Präferenzsetzung verändern würde, wenn es billiger wäre, mit anderen Ländern Krieg zu führen. Implizit wird das hier konstruierte nationale Interesse deutlich, „Entwicklungsländer“ in den globalen Kapitalismus bzw. den Welthandel zu integrieren. Hier spielt auch der Bereich der reproduktiven Gesundheits- und Bevölkerungspolitik eine Rolle. So verneinte ein für diesen Bereich verantwortlicher Referent im BMZ zwar direkte ökonomische Interessen, machte aber einen größeren Zusammenhang auf:

„Ich glaube, es wird einfach klar, dass das [sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte] ein Baustein ist, um funktionierende, langfristig funktionierende Gesellschaften zu schaffen. Na, und da kommt man an dem Thema nicht vorbei. [...] Also hier ist natürlich schon so die Sache, wir haben Interesse an stabilen Ländern, an stabilen Partnern, ja, ich meine, da wird's, da ist 'ne wirtschaftliche Kooperation, das Angebot kommt schnell, ne. Ich meine, die Länder, die funktionieren, wo, wo dann die Menschen auch Kaufkraft haben, das wird letztlich in 'ner langen Wirkungskette auch dem Ex-, Noch-Export-Weltmeister zugutekommen.“

Reproduktive Gesundheits- und Bevölkerungspolitik wird hier in den Kontext der Schaffung „funktionierender Gesellschaften“ gestellt. Hohes Bevölkerungswachstum wird in den Interviews und beim BMZ (2014) assoziiert mit Chaos, unberechenbaren arbeitslosen jungen Männern und einer Überlastung sozialer Systeme, ökologischer Rahmenbedingungen und ökonomischer Ressourcen. Funktionierende Gesellschaften hingegen werden konzipiert als solche, die hohen Anteil am Konsum kapitalistisch produzierter Güter haben und aufgrund ihrer politischen und ökonomischen „Stabilität“ Investitionssicherheit für ausländische Unternehmen bereitstellen. An letzteren hat Deutschland in dieser Sichtweise Interesse und stellt seine Bemühungen, Tansanias Bevölkerungswachstum einzudämmen, in diesen Kontext. Allerdings stellt diese erwähnte „lange Wirkungskette“ eher die Konstruktion eines indirekten außenwirtschaftlichen Interesses der BRD dar.

Hier ist, gerade weil es selbstverständlich erscheint, wichtig zu erwähnen, dass die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse zwischen Deutschland und Tansania so beschaffen sind, dass Deutschland im Rahmen von Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik zwar in die tansanische

17 <http://www.bild.de/politik/inland/dirk-niebel/bild-interview-mit-entwicklungsminister-29354560.bild.html>; letzter Aufruf: 27.6.2017.

Gesellschaft eingreifen kann, ein umgekehrtes Eingreifen – beispielsweise, um die sozialökologisch verantwortungslose „imperiale Lebensweise“ (Brand & Wissen 2011) vieler deutscher Unternehmen und Individuen, die keine Rücksicht auf Mensch und Natur weltweit nimmt, oder womöglich sogar die Anzahl dieser Menschen einzudämmen – aber undenkbar ist. Dies hat mit der ungleichen Eingliederung in den globalen Kapitalismus zu tun. An der historischen „Unterentwicklung“ (Rodney 1975) und Ausbeutung Tansanias hatte Deutschland, nicht zuletzt durch direkte Kolonialherrschaft über „Deutsch-Ostafrika“, durchaus einen gewissen Anteil. So kann vereinfacht gesagt werden, dass aufgrund einer Geschichte ökonomischer und politischer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse Deutschland über vielfältige Einflussmöglichkeiten in anderen Ländern sowie auf globaler Ebene verfügt und somit im Zentrum des kapitalistischen Weltsystems eingeordnet werden kann, Tansania aufgrund seiner beschränkten Handlungs- und Einflussmöglichkeiten in der Peripherie.

Aus der Sicht einer kombinierten Rassismusanalyse wird deutlich: deutsche Bevölkerungspolitik in Tansania ist gekennzeichnet durch ein Zusammenspiel diskursiver Rassialisierung von Tansanier_innen in der EZ mit materiellen Praktiken, die verknüpft sind mit direkten ökonomischen Interessen deutscher Unternehmen sowie indirekten außenpolitischen Interessen der deutschen Regierung. Dem zugrunde liegt die historische, durch Rassismus und Kolonialismus geprägte asymmetrische Einbindung der beiden Länder in den globalen Kapitalismus, die durch rassialisierte Repräsentationen und Praktiken weiter verfestigt wird. Aufgrund der analytischen Trennung mag es nun so erscheinen, als seien diskursive Ebene und die Materialität der außenpolitischen bzw. -wirtschaftlichen Interessen der Bundesregierung sowie der pharmazeutischen Privatwirtschaft zwei gänzlich voneinander getrennte Sphären. Wie oben bereits angedeutet, kann es nicht darum gehen, dem einen oder dem anderen mehr Bedeutung zuzuweisen oder gar das Primat im Ökonomischen, Politischen oder Kulturellen auszumachen. Vielmehr gilt es, deutsche Interventionen in die Bevölkerung in Tansania als einen Machtkomplex zu begreifen (und zu kritisieren), in dem diskursive Rassialisierung, die als kolonial geprägtes, historisch tradiertes Wissen jederzeit aufrufbar ist, ökonomische und politische Ungleichheit sowie privatwirtschaftliche Interessen sich gegenseitig konsolidieren.

Schlussfolgerung

Unser Fazit ist, dass, um Rassismus in seiner Wirkmächtigkeit und seinem Ausmaß zu verstehen, über die diskursiven Rassialisierungen hinaus den

praktischen Auswirkungen, (direkten und indirekten) ökonomischen und politischen Interessen und insgesamt den „rassialisierten Mustern globaler Akkumulation, die diese diskursiven Repräsentationen stützen und durch sie aufrechterhalten werden“ (Wilson 2012: 208), mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Diese kombinierte Rassismusanalyse haben wir hergeleitet aus der Betrachtung rassismuskritischer Arbeiten innerhalb der Entwicklungsforschung und empirisch angewendet auf den Fall des entwicklungspolitischen Feldes der deutschen reproduktiven Gesundheits- und Bevölkerungspolitik in Tansania. In einem kritischen Verständnis hat die Entwicklungsforschung die Ursachen und Folgen globaler Ungleichheit zum Thema (weswegen eher von globaler Ungleichheitsforschung gesprochen werden sollte) und ist damit besonders dafür geeignet, auf das historische Gewordensein und den politikökonomischen Nährboden gegenwärtiger diskursiver Rassialisierung bzw. das Zusammenspiel von Materiellem und Repräsentation zu fokussieren. Der Beitrag der globalen Ungleichheitsforschung für die Untersuchung des Phänomens Rassismus ist demnach, diesen als Teil fortwirkender kolonialer globaler Verhältnisse zu begreifen, der die Interaktion von diskursiven wie materiellen Dimensionen umfasst.

Allerdings gibt es auch in der globalen Ungleichheitsforschung noch das Forschungsdesiderat, die sogenannten entwickelten Länder und deren innergesellschaftliche Situation rassismuskritisch in den Blick zu nehmen. Hier bietet es sich beispielsweise an, die Verbindung von „overdevelopment“ (Power 2006) oder „imperialer Lebensweise“ (Brand & Wissen 2011) mit innergesellschaftlichen und globalen rassialisierten Repräsentationen sowie politikökonomischen Machtungleichheiten zu untersuchen. Die deutschsprachige Politikwissenschaft könnte auch jenseits der Entwicklungsforschung von einer Herangehensweise im Sinne einer kombinierten Rassismusanalyse profitieren. In der Friedens- und Konfliktforschung kann herausgearbeitet werden, wie die Anwendung unterschiedlicher Waffentechniken bzw. Kriegsführung (Kleinwaffen versus hochtechnologisiertes, quasi entmenschlichtes Kriegsgerät), die mit der ökonomischen Stärke von Nationalstaaten korrelieren, mit der Darstellung von Gesellschaften als „barbarisch“ oder „zivilisiert“ zusammenwirken (vgl. Biswas 2001). Die Vergleichende Politikwissenschaft könnte fragen, wie eine ungleiche Einbindung in den globalen Kapitalismus und entsprechende Ungleichgewichte – nicht zuletzt in der Wissenschaft selbst – mitentscheiden, welche epistemischen Brillen angelegt werden, um Staaten als autoritär oder undemokratisch zu kategorisieren (vgl. Comaroff & Comaroff 2012, Kap. 5). In der Politischen Theorie bzw. Ideengeschichte könnte sich aus der von uns hier vorgeschlagenen Perspektive mit den für die westliche Welt grundlegende Ideen von

Gesellschaftsverträgen (Hobbes, Locke, Rousseau und Kant) beschäftigt werden. Hier könnte gefragt werden, welche Rolle materielle Herrschaftsinteressen und tatsächliche Machtungleichgewichte dafür spielten, dass diese wichtigen Staats- und Demokratietheoretiker gleichzeitig eine dichotome, rassialisierte Weltsicht begründeten, nach der es auf der einen Seite verrechtlichte Beziehungen unter Weißen sowie Institutionen für Weiße gibt und auf der anderen Seite den barbarischen „Rest“ – und wie es um das Fortwirken eines entsprechenden Denkens und Handelns in der zeitgenössischen Politischen Theorie bestellt ist (vgl. Anievas u.a. 2015; Buck-Morss 2011). In konstruierender Manier könnte demgegenüber über nicht-westliche bzw. anti-koloniale Versuche, Gesellschaften tatsächlich demokratisch und nicht-rassistisch zu begründen, geforscht werden, etwa in Zusammenhang mit der haitianischen Revolution oder in Quilombos in Brasilien.

Literatur

- Angenendt, Steffen, & Silvia Popp (2014): *Bevölkerungswachstum, Fertilität und Kinderwunsch. Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel Subsahara-Afrikas*. SWP-Studien 20. Berlin.
- Anievas, Alexander; Nivi Manchanda & Robbie Shilliam (2015) (Hg.): *Race and Racism in International Relations: Confronting the Global Colour Line*. Oxon.
- Apffel-Marglin, Frederique, & Stephen A. Marglin (1990) (Hg.): *Dominating Knowledge. Development, Culture and Resistance*. Oxford.
- Bayer AG (2011): *Wachstum mit Verantwortung. Globalen Herausforderungen begegnen*. Leverkusen.
- Bayer HealthCare (2011): *Wir kooperieren mit USAID, um einen nachhaltigen Markt für Verhütungsmittel in Afrika zu schaffen – Bayer HealthCare Pharmaceuticals*. http://www.bayerhealthcarepharmaceuticals.com/de/presse/im_fokus/contraceptive_security_initiative.php, letzter Aufruf: 15.3.2011.
- Bendix, Daniel (2011): „Entwicklung / entwickeln / Entwicklungshilfe / Entwicklungspolitik / Entwicklungsland“. In: Arndt, Susan, & Nadja Ofuatay-Alazard (Hg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster, S. 272-278.
- Bendix, Daniel (2016): „From Fighting Underpopulation to Curbing Population Growth. Tracing Colonial Power in German Development Interventions in Tanzania“. In: *Postcolonial Studies*, Bd. 18, Nr. 4, S. 53-70, <https://doi.org/10.1080/13688790.2016.1228137>.
- Bendix, Daniel; Chandra-Milena Danielzik & Timo Kiesel (2015): „Education for Sustainable Inequality? A Postcolonial Analysis of Materials for Development Education in Germany“. In: *Critical Literacy. Theories and Practices*, Bd. 9, Nr. 2, S. 47-63.
- Bendix, Daniel, & Susanne Schultz (2015): „Bevölkerungspolitik reloaded: Zwischen BMZ und Bayer“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 140, S. 447-468.
- Bischoff, Joachim; Klaus Dörre & Elisabeth Gauthier (2004) (Hg.): *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*. <http://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/moderner-rechtspopulismus/>, letzter Aufruf: 11.10.2014.
- Biswas, Shampa (2001): „‘Nuclear Apartheid’ as Political Position: Race as a Postcolonial Resource?“. In: *Alternatives*, Bd. 26, S. 485-522, <https://doi.org/10.1177/030437540102600406>.

- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012): *Länderbeitrag Tansania*. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/tansania/zusammenarbeit.html, letzter Aufruf: 10.2.2013.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2014): *Population Dynamics in German Development Cooperation. Position Paper*. BMZ Strategy Paper 10. www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/strategies/Strategiepapier339_10_2013.pdf, letzter Aufruf: 27.6.2017.
- Brand, Ulrich, & Markus Wissen (2011): „Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse“. In: Demirović, Alex; Julia Dück; Florian Becker & Pauline Bader (Hg.): *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg, S. 78-93.
- Briggs, John, & Joanne Sharp (2004): „Indigenous Knowledges and Development. A Postcolonial Caution“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 25, Nr. 4, S. 661-676, <https://doi.org/10.1080/01436590410001678915>.
- Buck-Morss, Susan (2011): *Hegel in Haiti*. Frankfurt a.M.
- BUKO Pharma-Kampagne (2014): *Arm und vergessen. Untersuchung des Geschäftsverhaltens von Boehringer Ingelheim, Bayer und Baxter in Uganda*. Pharma-Brief Spezial I, Bielefeld.
- Castro Varela, María do Mar, & Nikita Dhawan (2010): „Mission Impossible: Postkoloniale Theorie im deutschsprachigen Raum?“. In: Reuter, Julia, & Paula-Irene Villa (Hg.): *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*. Bielefeld, S. 303-329.
- Chojnacki, Sven, & Verena Namberger (2013): „Vom Konflikt zum Krieg. Ursachen und Dynamiken“. In: Schmidt u.a. 2013, S. 495-520, https://doi.org/10.1007/978-3-531-18987-1_19.
- Comaroff, Jean, & John L. Comaroff (2012): *Der Süden als Vorreiter der Globalisierung. Neue Postkoloniale Perspektiven*. Frankfurt a.M.
- Commission for International Development (1970): *Partners in Development*. London.
- Cooke, Bill (2001): *From Colonial Administration to Development Management*. IDPM Discussion Paper Series 63. Manchester.
- Cooke, Bill, & Uma Kothari (2001) (Hg.): *Participation: The New Tyranny?* London & New York, US-NY.
- Cowen, Michael, & Robert Shenton (1995): „The Invention of Development“. In: Crush, Jonathan (Hg.): *The Power of Development*. London, S. 27-43.
- Demirović, Alex, & Manuela Bojadžijev (2002) (Hg.): *Konjunkturen des Rassismus*. Münster.
- Deuser, Patricia (2010): „Genderspezifische Entwicklungspolitiken und Bevölkerungsdiskurse. Das Konzept der ‘Sexuellen und Reproduktiven Gesundheit und Rechte’ aus postkolonialer Perspektive“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 120, S. 427-451.
- DSW – Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2010): *DSW-Datenreport 2010. Soziale und demographische Daten zu Weltbevölkerung*. http://www.weltbevoelkerung.de/pdf/dsw_datenreport_10.pdf, letzter Aufruf: 17.12.2010.
- Dussel, Enrique (1995): *The Invention of the Americas. Eclipse of „the Other“ and the Myth of Modernity*. <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/dussel/1492in/1492in.html>, letzter Aufruf: 14.1.2014.
- Engels, Bettina (2014): „Repräsentationen, Diskurse und Machtfragen: Postkoloniale Theorieansätze in der Friedens- und Konfliktforschung“. In: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. 3, Nr. 1, S. 127-146, <https://doi.org/10.5771/2192-1741-2014-1-130>.
- Eriksson Baaz, Maria (2005): *The Paternalism of Partnership. A Postcolonial Reading of Development Politics*. London & New York, US-NY.
- evaplan (2009): *Tanzania Progress Review Report*. http://www.tgppsh.or.tz/index.php?eID=tx_nawsecured1&u=0&file=uploads/media/Pfk-Final_approved.pdf&t=1249058046&hash=a5a5a33ea78d342ecf74f1989a06b708, letzter Aufruf: 30.7.2009.

- German Federal Foreign Office (2011): *Deutschland und Afrika. Konzept der Bundesregierung*. Berlin.
- Gomes, Bea; Walter Schicho & Arno Sonderegger (2008) (Hg.): *Rassismus. Beiträge zu einem vielgesichtigen Phänomen*. Wien
- GTZ – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2010): *German Development Cooperation with Tanzania on a Glance*. Press release (accessed through German Development professional).
- Ha, Kien Nghi (2003): „Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik“. In: Steyerl, Hito, & Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster, S. 56-107.
- Hauk, Gerhard (1992): *Einführung in die Ideologiekritik*. Hamburg.
- Heron, Barbara (2007): *Desire for Development. Whiteness, Gender, and the Helping Imperative*. Waterloo, CA-ON.
- Karakayali, Serhat, & Vasilis Tsianos (2002): „Migrationsregime in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus“. In: Demirović & Bojadzijevo 2002, S. 246-267.
- Kiesel, Timo, & Daniel Bendix (2010): „White Charity. Eine postkoloniale, rassismuskritische Analyse der entwicklungspolitischen Plakatwerbung in Deutschland“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 120, 482-495.
- Kontzi, Kristina (2015): *Postkoloniale Perspektiven auf „weltwärts“*. Ein Freiwilligendienst in weltbürgerlicher Absicht. Baden-Baden.
- Kothari, Uma (1996): *Development Studies and post-colonial theory*. IDPM Discussion Paper Series, Nr. 47.
- Kothari, Uma (2006a): „Critiquing ‘Race’ and Racism in Development Discourse and Practice“. In: *Progress in Development Studies*, Bd. 6, Nr. 1, S. 1-7, <https://doi.org/10.1191/1464993406ps123ed>.
- Kothari, Uma (2006b): „An Agenda for Thinking about ‘Race’ in Development“. In: *Progress in Development Studies*, Bd. 6, Nr. 1, S. 9-23, <https://doi.org/10.1191/1464993406ps124oa>.
- Krzyzanowski, Michal, & Ruth Wodak (2008): „Migration und Rassismus in Österreich“. In: Gomes u.a. 2008, S. 257-279.
- Kuhn, Berthold (2011): „Deutsche Entwicklungspolitik im Kontext des Regierungswechsels“. In: *Zeitschrift für Politikberatung*, Bd. 3, Nr. 3, S. 509-518, <https://doi.org/10.1007/s12392-011-0262-3>.
- Kuumba, M. Bahati (1999): „A Cross-Cultural Race/Class/Gender Critique of Contemporary Population Policy. The impact of globalization“. In: *Sociological Forum*, Bd. 14, Nr. 3, S. 447-463, <https://doi.org/10.1023/A:1021499619542>.
- Leahy, Elizabeth, & Nel Druce (2009): *A Case Study of Reproductive Health Supplies in Tanzania*. http://www.populationaction.org/Publications/Reports/Reproductive_Health_Supplies_in_Six_Countries/Tanzania.pdf, letzter Aufruf: 30.7.2009.
- Lemme, Sebastian (2015): „Visuelles Othering und weiße Imaginationen des globalen Südens. Postkoloniale Analyseperspektiven auf Fair Trade-Bildwelten“. In: Greve, Anna (Hg.): *Weißsein und Kunst. Neue postkoloniale Analysen*. Göttingen, S. 137-154.
- Lepenius, Philipp (2014): „La rage de vouloir conclure’: Wissensvermittlung als Entwicklungseingpass oder warum Experten so arbeiten, wie sie es tun“. In: Ziai, Aram (Hg.): *Im Westen nichts Neues? Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorie*, Baden-Baden, S. 213-234, <https://doi.org/10.5771/9783845251547-211>.
- Levander, Caroline, & Walter Mignolo (2011): „Introduction: The Global South and World Dis/Order“. In: *The Global South*, Bd. 5, Nr. 1, S. 1-11, <https://doi.org/10.2979/globalsouth.5.1.1>.
- Li, Tania Murray (2007): *The Will to Improve. Governmentality, Development, and the Practice of Politics*. Durham, US-NC, <https://doi.org/10.1215/9780822389781>.

- Marmer, Elina, & Aram Ziai (2015): „Racism in the Teaching of ‘Development’ in German Secondary School Textbooks“. In: *Critical Literacy*, Bd. 9, Nr. 2, S. 64-84.
- McEwan, Cheryl (2009): *Postcolonialism and Development*. New York, US-NY.
- Melber, Henning (1992): *Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick*. Frankfurt a.M.
- Memmi, Albert (1987): *Rassismus*. Frankfurt a.M.
- Merkel, Wolfgang (2013): „Vergleich politischer Systeme: Demokratie und Autokratien“. In: Schmidt u.a. 2013, S. 207-236, https://doi.org/10.1007/978-3-531-18987-1_9.
- Miles, Robert (1991): *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*. Hamburg.
- Mohanty, Chandra Talpade (1991): „Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses“. In: Mohanty, Chandra Talpade; Ann Russo & Lourdes Torres (Hg.): *Third World Women and the Politics of Feminism*. Bloomington, US-IN, S. 51-80.
- Nandy, Ashis (1988) (Hg.): *Science, Hegemony and Violence. A Requiem for Modernity*. Tokyo.
- National Bureau of Statistics & ICF Macro (2010): *Tanzania Demographic and Health Survey 2009-2010*. http://hdptz.esealtd.com/fileadmin/documents/DPGH_Meeeting_Documents_2010/TDHS_Prelim_Report_16_Sept_2010_Final_DocumentPrinter.pdf, letzter Aufruf: 21.7.2011.
- Nohlen, Dieter (2002) (Hg.): *Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*. Reinbek bei Hamburg.
- Noxolo, Patricia (2006): „Claims. A Postcolonial Geographical Critique of ‘Partnership’ in Britain’s Development Discourse“. In: *Singapore Journal of Tropical Geography*, Bd. 27, Nr. 3, S. 254-269, <https://doi.org/10.1111/j.1467-9493.2006.00261.x>.
- Nuscheler, Franz (2005): *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. 6. Aufl. Bonn.
- Power, Marcus (2006): „Anti-Racism, Deconstruction and ‘Overdevelopment’“. In: *Progress in Development Studies*, Bd. 6, Nr. 1, S. 25-39, <https://doi.org/10.1191/1464993406ps125oa>.
- Quijano, Anibal (2000): „Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America“. In: *Nepantla. Views from South*, Bd. 1, Nr. 3, S. 533-580, <https://doi.org/10.1177/0268580900015002005>.
- Rauch, Theo (2009): *Entwicklungspolitik. Theorien, Strategien, Instrumente*. Braunschweig.
- Richey, Lisa Ann (2008): *Population Politics and Development. From the Policies to the Clinics*. New York, US-NY, <https://doi.org/10.1057/9780230610385>.
- Rodney, Walter (1975): *Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung*. Berlin.
- Ross, Bettina (2004): *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine antirassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft*. Wiesbaden.
- Santos, Boaventura de Sousa (2010): „From the Postmodern to the Postcolonial – and beyond both“. In: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación; Manuela Boatcă & Sérgio Costa (Hg.): *Decolonizing European Sociology. Transdisciplinary Approaches*. London, S. 225-242.
- Schmidt, Manfred G.; Frieder Wolf & Stefan Wurster (2013) (Hg.): *Studienbuch Politikwissenschaft*. 3. A. Wiesbaden.
- Schultz, Susanne (2006): *Hegemonie – Gouvernamentalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*. Münster.
- Schultz, Susanne, & Daniel Bendix (2015): *A Revival of Explicit Population Policy in Development Cooperation. The German Government, Bayer, and the Gates Foundation*. <https://dspace.hampshire.edu/handle/10009/851>, letzter Aufruf: 10.11.2015.
- Schwarz, Tobias (2010): *Bedrohung, Gastrecht, Integrationspflicht. Differenzkonstruktionen in deutschen Ausweisungsdiskursen*. Bielefeld.
- Shilliam, Robbie (2014): „Race and Development“. In: Weber, Heloise (Hg.): *The Politics of Development. A Survey*. Abingdon, S. 31-48.
- Terkessidis, Mark (2004): *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*. Bielefeld, <https://doi.org/10.14361/9783839402634>.

- Transparency Market Research (2014): *Contraceptives Market – Global Industry Analysis, Size, Share, Growth, Trends and Forecast 2014-2020*. <https://globenewswire.com/news-release/2015/04/27/728543/10130818/en/Contraceptive-Market-is-expected-to-reach-a-value-of-US-19-6-billion-by-2020-growing-at-a-CAGR-of-3-1-from-2014-to-2020-Transparency-Market-Research.html>, letzter Aufruf: 2.6.2016.
- Wainwright, Joel (2008): *Decolonizing Development. Colonial Power and the Maya*. Oxford, <https://doi.org/10.1002/9780470712955>.
- White, Sarah (2002): „Thinking Race, Thinking Development“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 23, Nr. 3, S. 407-419, <https://doi.org/10.1080/01436590220138358>.
- Wilson, Kalpana (2012): *Race, Racism and Development*. London.
- Young, Robert (2001): *Postcolonialism. An Historical Introduction*. Oxford.
- Ziai, Aram (2008): „Rassismus und Entwicklungszusammenarbeit“. In: Gomes u.a. 2008, S. 191-213.
- Ziai, Aram (2012): „Postkoloniale Studien und Politikwissenschaft: Komplementäre Defizite, Stand der Forschung und Perspektiven“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 53, Nr. 2, S. 291-322, <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2012-2-291>.
- Ziai, Aram (2016) (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld.

Anschrift der Autoren:

Daniel Bendix
danyellow@posteo.de

Aram Ziai
ziai@uni-kassel.de